

Klima-/ Umwelt- und Sozialpolitik in der neuen Legislaturperiode - Probleme und Aufgaben -

DIFIS-ISÖ-DIW-Workshop
Arbeitsgruppe III

Bürgergeld und Klimaschutz

Dr. Birgit Fix

Deutscher Caritasverband/ Berliner Büro

Berlin, 9. Juni 2022

Energie in der Grundsicherung

- Caritas-ZEW Studie (2015): Energiekosten im Regelbedarf sind zu niedrig angesetzt. Je nach Haushaltsgröße fehlen monatlich fünf bis elf Euro für Strom im Budget der Menschen
- Preissteigerungen werden nicht zeitnah abgebildet – Regelsatzerhöhung 2023 kommt zu spät
- Bundesregierung reagiert auf gestiegene Energiekosten mit Einmalzahlung – Problem: greifen zeitverzögert und sind nicht weitreichend genug in der Höhe
- Problem: Strom- und Gassperren (Bundesnetzagentur 230.000 in 2020)

Energiekosten & Klimawende sind kein explizites Thema im Bürgergeld-Kapitel Ampelvertrag

Bürgergeld – Energiewende – Anknüpfungspunkte

- Bürgergeld soll:
- ✓ „Würde des Einzelnen achten, zur gesellschaftlichen **Teilhabe** befähigen“ (2481f)
- ✓ individuelle, **ganzheitliche** Unterstützung leisten (2512)
- ✓ KdU transparent und rechtssicher erstatten – jährliche **Überprüfung und Anpassung** – regionalspezifische Pauschalen (2487ff)
- ❖ Aber: keine Aussagen zur Höhe zukünftiges Bürgergeld und Berücksichtigung von Energie-/ Klimakosten

Aufgaben in dieser Legislaturperiode - Bürgergeld



- **Verbesserung Grundsicherungsleistungen:**
- ✓ Anpassung Energiekosten an tatsächliche Preisentwicklung
- ✓ Fortschreibung Regelbedarf an inflations- und energiepolitischen bedingten Preisanstiege
- ✓ Anhebung pauschalierter Mehrbedarf Warmwasser Boiler/ Durchlauferhitzer
- ✓ Übernahme der tatsächlichen KdU Kosten
- **Ganzheitliche Beratung, die auch bei Bedarf das Thema Energie umfasst (Schnittstelle BMWK Arbeitsplan Energieeffizienz 17. Mai 2022)**



Klimapolitik und Sozialpolitik - zwei disparate Politikfelder?



Instrumente zur Verknüpfung von Klimapolitik und Sozialpolitik aus der Caritaspraxis

Positive Erfahrung an der Schnittstelle Klimapolitik – Umweltpolitik - Sozialpolitik



Der Stromsparcheck

- Energieberatung für Empfänger von Grundsicherungsleistungen, Wohngeld, Kinderzuschlag, Rentner mit niedrigem Einkommen, Personen mit Einkommen unterhalb der Pfändungsgrenze (2022: 1.283,42 Euro) = Menschen, die Caritas durch die sozial Arbeit z.B. in der Allgemeinen Sozialberatung und der Schuldnerberatung erreicht
- Beratung erfolgt durch Langzeitarbeitslose, welche die Situation dieser Haushalte aus eigenem Erleben kennen



Positive Erfahrung an der Schnittstelle Klimapolitik – Umweltpolitik - Sozialpolitik



Stromsparcheck der Caritas seit 2008 – gefördert
Umweltministerium – hat fast 392.000 Haushalte erreicht
wurden und verbindet vier Zielsetzungen:

1. **klimapolitisch**: Reduktion CO₂
2. **sozialpolitisch**: Entlastung einkommensschwacher Haushalte durch Energieberatung, Einbau Energiesparartikel
3. **bildungspolitisch**: Sensibilisierung für effiziente Energienutzung – Stärkung Selbsthilfe
4. **arbeitsmarktpolitisch**: Qualifizierung Langzeitarbeitslose als Berater – Heranführung an den ersten Arbeitsmarkt



Positive Erfahrung an der Schnittstelle Klimapolitik – Umweltpolitik - Sozialpolitik

- hohe Einspareffekte (ca. 654 kWh = 187 Euro pro Jahr)
- bei Kühlschranktausch Gutschein in Höhe von 100 Euro und Einsparungen von ca. 104 Euro, knapp 23.000 Kühlgeräte wurden ausgetauscht
- Auch Bund und Länder sparen KdU Kosten zwischen 161 Euro (Bund) und 150 Euro (Kommune) pro Jahr.
- Gegenwärtig 150 Standorte mit ca. 7.700 Stromsparerhelfer*innen, die zum Thema Energie- und Wassersparen intensiv qualifiziert werden
- **Projekt muss verstetigt und ausgebaut werden**

Zielkonflikte - Schnittstellen

- Menschen im Grundsicherungsbezug leben häufig in energetisch schlecht sanierten Wohngebäuden
- ✓ Reformierung Modernisierungsumlage
- ✓ Stärkung vorgelagerter Sicherungssystem wie Wohngeld mit Klima-, Heizkosten und Energiekomponente
- ✓ Angemessenheitsgrenzen für Miete und Betriebskosten auf verbindlich geregelte Datengrundlage regelmäßig anpassen
- Klimageld, welches nicht auf Transferleistungen angerechnet wird – sozial gerecht gestaltet

ÜBERALL WIRD'S WÄRMER. AM RANDE DER GESELLSCHAFT IRGENDWIE NICHT.

Fehlender Klimaschutz
vertieft soziale Spaltung.



KLIMA.CARITAS.DE
ZUSAMMEN FÜR EIN BESSERES KLIMA

<https://klima.caritas.de/>